

_____, den _____
(Straßenbaubehörde)

Gegen Zustellungsnachweis

An _____

Betr.: Planung für _____ (Bauvorhaben)
hier: Vorarbeiten auf Grundstücken

Sehr geehrte(r) Frau/Herr _____

Die Straßenbauverwaltung beabsichtigt, in der Gemeinde _____ zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und Erhöhung der Verkehrssicherheit das oben angeführte Bauvorhaben durchzuführen. Um das Vorhaben ordnungsgemäß planen zu können, ist es notwendig, auf dem/den Grundstück(en) Gemarkung _____ Flur _____ Flurstück(e) _____ in der Zeit vom _____ bis _____ folgende Vorarbeiten durchzuführen:

Da die genannten Arbeiten im Interesse der Allgemeinheit liegen, hat das Bundesfernstraßengesetz (FStrG) die Grundstücksberechtigten verpflichtet, sie zu dulden (§ 16a FStrG). Die Arbeiten können auch durch Beauftragte der Straßenbauverwaltung durchgeführt werden. Etwaige unmittelbare Vermögensnachteile, die Ihnen durch diese Arbeiten entstehen sollten, werden selbstverständlich ausgeglichen.

Sollte eine Einigung über eine Entschädigung in Geld nicht erreicht werden können, setzt der/die/das _____ (Behörde) auf Ihren Antrag oder auf Antrag der Straßenbaubehörde die Entschädigung fest.

(Sofern im Einzelfall erforderlich beziehungsweise zweckmäßig, ist folgender Satz einzufügen: *Nach Abschluss der Arbeiten werden die in Anspruch genommenen Flächen rekultiviert.*)

Durch diese Untersuchung wird nicht über die Ausführung der geplanten Straße entschieden. Wenn Ihr Grundstück verpachtet ist, bitten wir, uns Namen und Anschrift des Pächters baldmöglichst bekanntzugeben. Sollten Sie die Vorarbeiten nicht zulassen, so verständigen Sie uns bitte umgehend. Wir weisen aber darauf hin, dass die gesetzliche Duldungspflicht zwangsweise durchgesetzt werden kann.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis für die notwendigen Untersuchungen.

Rechtsbehelfsbelehrung: (nach Landesrecht)

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)